

# "Graf Zeppelins" zweiter Südamerikaflug

Frederikshafen, 18. September. Das Luftschiff "Graf Zeppelin" ist heute morgen um 1,15 Uhr bei klarer Nacht unter Führung von Kapitän Lehmann zu seinem zweiten diesjährigen Südamerikaflug nach Pernambuco aufgestiegen. An Bord befinden sich neun Passagiere. Auf dem Wertgelände hatten sich trotz der späten Stunde sehr viele Zuschauer eingefunden. Dr. Scherer, der an der Fahrt nicht teilnimmt, wohnte dem Start bei. — Nach der bei der Hamburg-Amerika-Linie vorliegenden Meldung befand sich das Luftschiff "Graf Zeppelin" heute früh 8,34 Uhr meq. über Baume la Dame, 4,01 Uhr über Befancon und 4,44 Uhr über Saint Amour in Fahrt Richtung Boura. — Um 10 Uhr unserer Zeit hat "Graf Zeppelin" die Insel Mallorca überflogen.

langsame psychologische Vorbereitung der Massen führen zu können. Hätte man dem englischen Arbeiter zur rechten Zeit die ganze Wahrheit über die britische Finanzlage gesagt, so wäre die Mehrheit der Labour-Partei nicht in die Opposition zu einer Regierung gedrängt worden, die das Notwendige beschließen mußte und beschlossen hat.

## Gandhis Forderungen

London, 17. September.

Eine große Versammlung der Arbeiterpartei, unter der man viele früheren Minister bemerkte, hatte sich gestern Abend zu einer Ansprache Gandhis im Unterhaus eingefunden. Als Gandhi erschien, der müde und angestrengt ausah, erhob sich die Versammlung zu seiner Begrüßung. Zu Beginn seiner Rede erklärte Gandhi, obgleich er ein gut Teil Last in seinem Leben getragen habe, sei seine Würde noch nie so schwer gewesen wie heute, wo er nach England gekommen sei, um die Sache einer Nation zu vertreten.

Gandhi begrüßte es besonders, vor der Arbeiterpartei zu sprechen, die wie er den ärmsten Teil der Bevölkerung vertritt. Er wolle aber auch die Konservativen und Liberalen von seiner Sache überzeugen. Gandhi wiederholte im weiteren seine Forderung nach vollkommener Kontrolle über Arme, auswärtige Angelegenheiten usw., nach derselben Freiheit, die Großbritannien genieße. Weniger würde ihn nicht zufriedenstellen, und er könne kein Kompromiß eingehen, ehe diese Forderung nicht gesichert sei. Die Unabhängigkeit bedeute keine Drohung gegen irgendeine Klasse der Welt, und er würde sich, wenn möglich, für die Freundschaft zwischen England und Indien einsetzen. Er sei ein offener Rebell gegen die britische Herrschaft und Macht; doch Tausende seiner Landsleute seien es im Geheimen, aus Furcht vor Unannehmlichkeiten. Wenn Indien das britische Joch abschütteln und vollkommene Unabhängigkeit erreichen wolle, so gelte dies, weil es nicht verzögern wolle. An dem Hunger in den Dörfern sei die britische Herrschaft schuld.

Gandhi stellte dann die durchschnittlichen Einnahmen der indischen Bevölkerung den entnommenen Kosten der britischen Verwaltung und der Regierungsgelichter gegenüber. Die gewaltige militärische Macht in Indien sei nicht zur Verteidigung nach außen da; sie sei eine reine Okkupationsarmee. Ein künftiger Kampf werde, wenn er komme, anders und heftiger sein. Wir stehen, so schloß Gandhi, mit dem Rücken zur Wand: Entweder durchgehen oder untergehen, und davor will ich Indien behüten.

Als der frühere Bergwerksminister Schinwell darauf hinwies, daß die indischen Bergarbeiter von indischen Grubenbesitzern weit schlechter behandelt würden, als von englischen, erklärte Gandhi, daß er nicht für die wenigen Tausend Arbeiter in Bergwerken oder Fabriken spreche, sondern für die gesamte Bevölkerung Indiens. Fünfundachtzig Prozent der Bevölkerung Indiens lebten in Dörfern, die durch das gegenwärtige System ausgebeutet und sechs Monate des Jahres zwangsweise untätig seien. Zum Baumwoll-Boykott mit seinen Rückwirkungen auf die englische Industrie erklärte Gandhi: Baumwolle ist auf den Rücken der indischen Hausindustrie erstanden. Es gibt keine moralische Pflicht für Indien, die Waren von Lancashire zu kaufen. Der Boykott richtet sich nicht gegen die englische Bevölkerung. Gandhi erklärte, daß die Baumwollindustrie in Indien sich über zweitausend Dörfer erstreckt. Er wolle Indien von den Maschinen abbringen. Sie hätten Millionen, die diese Arbeit mit den Händen leisten könnten, und es wäre Selbstmord der Inder, sie durch ein paar tausend Arbeiter mit Maschinen machen zu lassen.

## Der englische Flottenstreit

London, 17. September.

Die Schiffe der Atlantik-Flotte sind in der Nacht zum Donnerstag vom Cromarty Firth aus in See gegangen, um ihre Heimat Häfen Portland, Devonport und Chatham anzu-kaufen.

Am Mittwoch gegen 10,30 Uhr traf bei der Flotte die Nachricht ein, daß die englische Admiralität bereit sei, gewisse Häfen, die durch die Goldberaberhebungen entstanden waren, unterzogen zu lassen. Die Offiziere ließen die Mannschaften antreten und teilten ihnen die Entscheidung mit, die mit Beifallrufen aufgenommen wurde. Dennoch bedurfte es der ganzen Ueberredungskunst der Offiziere, um die Mannschaften zum Dampfaufmachen und zum Seetarmachen der Schiffe zu bewegen. Die Befehle erforderten Einwendungen dagegen, daß die Schiffe von einander getrennt werden, was geschehen muß, wenn sie auf ihre verschiedenen Heimat Häfen verteilt werden. Auf einzelnen Schiffen, so meldet der "Daily Herald", dauerte es über zwei Stunden, ehe sich die Mannschaften mit dem Auslaufen ihres Schiffes einverstanden erklärten. Auf dem Linienschiff "Wallant", auf dem zuerst die Unbotmäßigkeit ausgedrückt war, dauerten die Verhandlungen am längsten. Kurz nach 22 Uhr ließ das erste Fahrzeug, ein Torpedobootszerstörer, aus der Bucht von Cromarty aus.

Gleichzeitig mit dem Befehl, daß sie die Klagen der Mannschaften untersuchen werde, ließ die Admiralität auch mitteilen, daß diejenigen, die sich weigerten, ihre Pflicht zu tun, streng bestraft würden. Der Chef des zweiten leichten Kreuzergeschwaders, Kontradmiraal Allen Ruxton, unter dessen Kommando die beiden Kreuzer gestanden hatten, die Kiel besuchten, fuhr persönlich von Kreuzer zu Kreuzer, um die Mannschaften an ihre Pflichten zu erinnern.

# Nachspiel zur Affäre Uralzef

## Dienststrafverfahren gegen Ministerialrat Johnson

Dresden, 18. September.

Heute begann vor der Disziplinarkammer des Oberlandesgerichts Dresden das Dienststrafverfahren gegen den feinerzeit in den Uralzefprozess verwickelten Ministerialrat Walter Edward August Johnson in Dresden. Er wird der Pflichtverletzung im Amte beschuldigt. Die Verhandlungen leitet Landgerichtsdirektor Dr. Heinze. Als Staatsanwalt fungiert Ministerialrat Dr. Ulich. Der Angeklagte wird durch Staatsminister a. D. Dr. Wilhelm verteidigt.

Nach der Anklageschrift hat Johnson durch sein Verhalten als hoher Justizbeamter seine Pflicht verletzt. Er hat mit Bergwerksdirektor Hertel, der bei ihm seit 1922 zur Untermiete wohnte, Unterhandlungen gepflogen wegen Braunkohle-nutzungen in der Altmark. Er suchte ein Konsortium von Geldgebern zusammenzustellen, um die Nutzungen auszu-nützen. Johnson ist wegen unbefugter Führung des Titels Geheimrat bereits mit einer Geldstrafe verurteilt. Er wird ihm vorgeworfen, daß er den Dienststempel des Ministeriums unbefugt gebraucht und versucht habe, seine Unter-nehmungen dadurch als besonders vertrauenswürdig erscheinen zu lassen, daß er seine Person in den Vordergrund schob. Er habe den Eindruck erwecken wollen, daß das Ministerium hinter ihm stehe. Weiter wird ihm vorgeworfen, daß er sich von der Sache auch dann nicht zurückgezogen habe, als ihm Bedenken in die Richtung der Hertelschen Angaben gekommen seien.

Die Korrespondenz des Beschuldigten zeige Unwahrscheinlichkeiten. Er habe u. a. auch mit Uralzef Unterhandlung gepflogen.

Johnson ist im Jahre 1888 geboren und gegenwärtig Ministerialrat am Sächsischen Justizministerium; er ist vom Amte nicht suspendiert. Bei seiner heutigen Vernehmung behauptete Johnson zunächst, daß er niemals mit Hertel irgendwelche Ver-einbarungen getroffen habe. Natürlich habe er geglaubt, daß bei Ausübung der Nutzungsrechte schließlich auch für ihn etwas herauskommen würde. Bedenken gegen die Angaben Hertels habe er nicht gehabt, auch dann nicht als hochrangige Bedenken äußerten. Hertel habe ihn jedesmal völlig überzeugend die Richtigkeit dieser Bedenken nachgewiesen.

Dann wandte sich die Vernehmung der mißbräuchlichen Ver-nutzung des Dienststempels durch Johnson zu. Johnson ver-teidigte sich damit, daß die Benutzung nicht verboten gewesen sei, doch hält ihm der Vorsitzende vor, daß man bei Privatbesitz unzulässig Dienststempel verwenden dürfe. Der Stempel sei ein Hoheitszeichen des Staates. Auch hält der Vorsitzende dem An-geklagten vor, daß er durch Hervorhebung seines vollen Titels "Ministerialrat im sächsischen Justizministerium" und der ihm gar nicht zustehende Titel "Geheimer Justizrat" dem Eindruck habe erwecken wollen, als ob es sich bei der Braunkohle-nutzungen um eine ganz besonders sichere Sache handele. Dann wurde ausführlich die Täuschung Johnsons als Treuhänder be-sprochen und eingehend erörtert.

# Curtius über die Mandatsfragen

Genf, 18. September.

Im politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung ergriff Reichsaussenminister Dr. Curtius heute vormittag das Wort zu einer

### Erklärung über die Mandatsfrage.

Er begrüßte es lebhaft, daß der Völkerbund durch einen nor-wegischen Antrag auch in diesem Jahre die Möglichkeit habe, sich über die Mandatsfragen auszusprechen. Damit werde eine Tra-dition gepflegt, die den Völkern entspreche, die der Völker-bund angeht. Der bedeutenden Interessen der Bevölkerung, der weltpolitischen Fragen und des Zusammenhanges der Welt-wirtschaft besitze. Die Arbeiten der Mandatskommission seien als außerordentlich wertvoll zu bezeichnen. Der Völkerbund-rat habe heute Gelegenheit gehabt, eine Reihe von Fragen an Hand der Berichte der Mandatskommission zu prüfen. Als eine in letzter Zeit aufgelauchte wichtige Frage erwähnte Dr. Curtius

die Zulassung fremder Werke in den Mandatsgebieten, an der auch Deutschland ein großes Interesse habe.

Er sprach den Wunsch aus, daß diese Frage positiv geregelt werde, wie es in einem großen Mandatsgebiet bereits geschehen sei. Zu der in der letzten Tagung erörterten Frage der Be-endigung des Mandatsverhältnisses erklärte Dr. Curtius, es sei zwar notwendig,

die Bedingungen für die Beendigung des Mandates festzulegen; man dürfe aber dabei nicht zu weit gehen. Eine 100prozentige Garantie werde man nie geben können, und es komme in erster Linie darauf an, daß die verantwortlichen Per-sönlichkeiten die notwendigen Fähigkeiten und Erhöhungen be-sitzen, um die Ueberleitung in den neuen Zustand möglichst zweckmäßig vorzunehmen. Dr. Curtius sprach in diesem Zu-sammenhang die Hoffnung aus, daß es nach Beendigung des Mandatsverhältnisses und nach Regelung der damit zusammen-hängenden Fragen — insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet — möglich sein würde, den Trah in den Völkerbund aufzu-nehmen.

### Die Wichtigkeit des Präferenzsystems

Genf, 17. September.

Der Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes begann heute die große Aussprache über die internationalen Wirtschaftskrisen. Der französische Handelsminister legte in einer größeren Rede den bereits hinfällig bekannten Standpunkt der fran-zösischen Regierung über die zur Ueberwindung der Krise not-wendigen Maßnahmen dar.

In den Ausführungen des französischen Handelsministers fand sich kein Wort über den Gedanken einer engeren wirt-schaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frank-reich. Diese Tatsache wurde allgemein bemerkt, da erwartet worden war, daß der Minister im Hinblick auf den Berliner Bezug auf den Gedanken einer deutsch-französischen wirt-schaftlichen Zusammenarbeit eingehen würde.

In weiteren Verlauf der Hauptaussprache gab Ministerial-direktor Pöhl eine Erklärung über den Standpunkt der Reichsregierung zu den aktuellen europäischen Krisenmomenten und der Entwicklung der europäischen Handelspolitik ab. Er führte u. a. aus: Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß es unbedingt notwendig ist, wenigstens für eine gewisse Zeit die Sicherheit der bestehenden Handelsverträge zu gewähr-leisten. Während der letzten Zollverhandlungen in Genf hat die englische Regierung das Inkrafttreten des Zollvertrages abgelehnt, was die Handelspolitik zwischen England und den europäischen Staaten des Festlandes hingewiesen worden. Die deutsche Regierung hat der englischen Regierung bereits mitgeteilt, daß sie durchaus bereit sei, alles zu tun, damit die Wünsche Englands für eine handels-politische Verständigung mit den europäischen Festlandsstaaten erreicht werden.

Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die Handels-politik der europäischen Staaten in der letzten Zeit wenig günstige Anzeichen aufweise. Mit großer Sorge hörte man in Deutschland, daß sogar in solchen europäischen Ländern Zollserhöhungen erwogen würden, die bisher als die Festungen des Festlandes galten. Eine derartige Umstellung der euro-päischen Handelspolitik würde die nachteiligsten Folgen für die gesamte europäische Wirtschaft haben. Dasselbe gilt von dem Einfuhrverbot. Noch gefährlicher sind gewisse Tendenzen, die Durchführung der Handelsverträge Methoden anzuwenden, die mit den Handelsverträgen nicht vereinbar sind.

Der Gedanke der Vergabung der öffentlichen Arbeiten wird deutscherseits als eines der Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen. Für den Gedanken der internationalen Industriekartelle in Europa müssen jedoch gewisse Grenzen ge-zogen werden, da für solche Pläne nur die faktisch möglichen Industrien in Frage kommen und hierbei kein allzu starker Druck ausgeübt werden darf. Der Bericht der wirtschaftlichen Sach-

verständigen des Europa-Ausschusses, dem auf deutscher Seite große Bedeutung beigemessen wird, enthält eine Reihe bisher einzigartiger Vorschläge zur Behebung der europäischen Wirt-schaftskrise. Dieser Bericht muß von den Regierungen besonders beachtet werden.

Pöhl warf jedoch die Frage auf, ob nicht neben dem für die Landwirtschaft geschlossenen Internationalen Landwirtschaft-lichen Kreditinstitut eine gleiche Bank für die Industrie-Interessen geschaffen werden könne. Der Völkerbund, so schloß er unter lebhaftem Beifall, darf sich nicht mehr auf eine rein theoretische Behandlung der großen wirtschaftlichen Pro-bleme beschränken, sondern muß unverzüglich praktische Maß-nahmen durchführen. Die Reichsregierung begrüßt es ins-besondere, daß die Zweckmäßigkeit und Unschädlichkeit der von Deutschland abgeschlossenen Präferenzverträge jetzt allgemein anerkannt worden ist.

### Stillestehende Abkommen in Kraft

Basel, 17. September.

Die BIZ gibt bekannt: Das sogenannte Stillestehende Abkom-men zwischen den deutschen Banken und Bankgruppen in elf Ländern, das einen sechsmonatigen Ausschub von Forderungen gegen Deutschland vorsieht, ist von sämtlichen Parteien unter-zeichnet worden, wonach die Zentralnotenbanken der in Frage kommenden Länder heute verbindlich geworden sind. Das Abkom-men ist somit in Kraft getreten.

### Amerikanische Ozeanflieger gerettet

Newyork, 17. September.

Die amerikanischen Flieger Allen und Mayke, die be-kanntlich von Tokio nach Seattle fliegen wollten und seit einer Woche verschollen waren, sind nunmehr, wie von ver-schiedenen Seiten bestätigt wird, heil und gesund auf einer kleinen unbewohnten Insel im Ozean gefunden worden. Die Funkprüche der russischen Küstenwache haben sich in vol-lem Umfange bestätigt. Die Flieger sind von einem russischen Dampfer an Bord genommen worden und befinden sich auf dem Rückwege. Der russische Dampfer "Kurjat" hat auch einen Funkpruch an Moskau nach Alverdie (St. Petersburg) ge-sendet, in dem die Rettung der Flieger mitgeteilt wird.

### Deutsches Flugzeug in Schweden abgestürzt

Stockholm, 17. September.

Ein deutsches Flugzeug mit der Zulassungsnummer D 1812 der Bayerischen Flugzeug-werke stürzte heute um 12,45 Uhr einen Kilometer nördlich des Ortes Jönköping in Mittelschweden ab. Das Flug-zeug zerfiel auf dem Boden. Seine vier Insassen kamen un-versehrt zu. Da die Leichen bis zur Unkenntlichkeit verflümmelt sind, war es schwer, sie zu identifizieren. Zeugen haben das Unglück nicht gesehen, doch war das Krachen weithin hörbar.

Das Flugzeug dürfte vor dem Unglück über den Boden geflogen sein, die heute ziemlich niedrig hängen. Bei zwei der Besetzten wurden Papiere gefunden, aus denen hervorgeht, daß es sich um einen gewissen Johann Wirth und einen gewissen Franz Paul, beide aus Bayern, handelte. Aus ihren Pässen ist ersichtlich, daß sie am 31. Juli Palma auf der Einreise nach Schweden passiert haben.

Die beiden zunächst unbekannteten Toten sind als der schwe-dische Ingenieur Erik Danielsson und dessen Ehefrau ermittelt. Der Wirth verlor während der Ueberführung der Maschine vom Flughafen Ljungbyhed nach dem Flughafen Almqvist.

### Dresdner Börse vom 18. September

Schwach. Obwohl man zu Beginn der Börse eine ge-wisse Beruhigung feststellte, lag doch zu den ersten Kursen ver-schiedenes Material am Markt, so daß sich durch die schwächeren Meldungen der Auslandsbörsen das Kursniveau um wei-tere 2 Prozent senkte. Von Chemischen Werten lagen Oeb 2 Proz., von Verschiedenen Werten Köthler 1 Proz., niedriger. Am Maschinenmarkt verloren Schubert 8 Proz., von Leicht-Werten Sachsenwerk 2 Proz., Papier-Werte mit Minola — 5 Prozent ebenfalls vernachlässigt. Am Bankenmarkt haben Darmstädter 5 Proz., Reichsbank und Sachsenbank 2 Proz. nach, während Dresdner Bank 1 Proz. höher lagen. Hand-elsbriefe ebenfalls 1 Proz. schwächer. Im weiteren Verlauf durch Exekutionen gedrückt und lustlos.

### Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsausichten. Ruhiges, verbreitet dunstiges oder nebligtes Wetter. Vermögen vorherrschend stark. Wolken: 100. Ausfliegen nicht ausgeschlossen. Celsius, besonders im Oberen, dabei auch noch etwas Niederschlag wahrscheinlich. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Vorherrschend mild.